



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzende des  
Ausschusses für Familie, Jugend,  
Integration und Verbraucherschutz  
Frau Anke Simon, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/234**  
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
Postfach 31 70  
55021 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
Ministerbuero@mffki.rlp.de  
www.mffki.rlp.de

14. Juli 2021

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Susanne.amon@mffki.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-5186  
06131 1617

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-  
schutz am 24. Juni 2021**

**TOP 4 „Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Konferenz der Ju-  
gend- und Familienministerinnen und -ministerkonferenz der Länder (JFMK)“,  
Antrag des Ministeriums für Familien, Frauen, Kultur und Integration  
Vorlage 18/84**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Ver-  
braucherschutz wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 4 mit der Maßgabe der schriftlichen  
Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Die JFMK hat am 6. Mai 2021 – erneut als Videokonferenz – unter Beteiligung der ehe-  
maligen Bundesministerin Franziska Giffey stattgefunden. Gastgebendes Land war  
Bayern. Für Rheinland-Pfalz nahm meine Vorgängerin im Amt – Ministerin Anne Spie-  
gel – teil.



Auch in diesem Jahr lag ein Schwerpunkt auf den Folgen und Auswirkungen der Covid 19-Pandemie. Die JFMK hat sich in drei Beschlüssen mit den Folgen der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien befasst. Neben den Einzelaspekten der Digitalisierung und der Jugendfreizeiten wurden in einem zentralen Grundsatzbeschluss alle Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe mit Blick auf die Herausforderungen der Nach-Pandemie-Zeit betrachtet. Wir hatten es hier mit einem Alle-Länder-Antrag zu tun. Die JFMK hat mit dem Antrag deutlich gemacht, dass es unbedingt weiterer Untersuchungen bedarf, um die Wirkungen der Pandemie auf die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Kinder und Jugendlichen umfassend zu verstehen. Entscheidend ist dabei, die jungen Menschen in die weiteren Prozesse konsequent einzubinden und zu beteiligen. Wir gehen hier in Rheinland-Pfalz mit unserer Jugendbefragung, deren Ergebnisse in Kürze vorliegen werden, den richtigen Weg. Die JFMK hat allen Fachkräften und Ehrenamtlichen in der Kinder- und Jugendhilfe für Ihren Einsatz und ihr Engagement in den letzten 15 Monaten der Pandemie gedankt und die Bedeutung der Offenhaltung der Regelinstitutionen für Kinder und Jugendliche betont.

Das Leitthema der JFMK war die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eingeleitet wurde das Thema durch ein Video, der mit und von jungen Menschen zum Thema Beteiligung gedreht wurde; im Rahmen der JFMK nahmen dann auch Kinder und Jugendliche von den Kleinsten bis zu jungen Heranwachsenden teil und haben für ihre jeweiligen Lebenskontexte ihre Wünsche vorgetragen. Der Leitantrag der JFMK, der auf das Recht auf Mitbestimmung und -gestaltung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig ihres Alters und ihrer individuellen Lebensumstände fokussiert, hat den Nerv getroffen. Mit dem Leitantrag wurde die Bedeutung der Partizipation für eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft formuliert. Ziel muss die Stärkung der Partizipation junger Menschen auf allen föderalen bzw. politischen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen sein. Das ist auch unser Weg in Rheinland-Pfalz.



Auf einen letzten Beschluss möchte ich noch hinweisen: Die JFMK hat sich in einem Beschluss auch mit dem Thema der Radikalisierung von jungen Menschen auseinandergesetzt. Anlass sind die zunehmenden Radikalisierungstendenzen, die bundesweit zu beobachten sind. Die JFMK erachtet es als wichtig, Radikalisierungsprozessen frühzeitig entgegenzuwirken und die Arbeit gegen rassistische, antisemitische, antimuslimische und homophobe Tendenzen in der Gesellschaft zu fördern. Um einem Anstieg von Beleidigungen, Drohungen bis zu gewalttätigen Übergriffen und Anschlägen entgegenzuwirken müssen Präventionsmaßnahmen, vor allem im Kinder- und Jugendbereich, weiter gestärkt werden. In dem Zusammenhang hat die JFMK die Sicherung der Mittel für die Förderperiode 2022 und 2024 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ begrüßt. Als notwendig wurde jedoch die Schaffung einer dauerhaften und verlässlichen Förderstruktur erachtet.

Abschließend möchte ich mit Blick auf den Bericht des Bundes auf einen Aspekt hinweisen, der uns im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen wird: Die JFMK fand einen Tag vor der abschließenden und entscheidenden Befassung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes im Bundesrat statt. Es war auch ein Tag vorher nicht sicher, ob das Gesetz die notwendige Zustimmung in der Länderkammer finden wird. Der Bundesrat hat dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz zugestimmt; es ist am 10. Juni in Kraft getreten und legt den Weg hin zur inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, die zum 1. Januar 2028 in Kraft treten soll, fest. Rheinland-Pfalz hat sich viele Jahre für diesen Weg engagiert eingesetzt. Wir freuen uns, dass es nun gelungen ist. Jetzt beginnt die Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Binz